

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis die 6spaltige Zeile 25 A.

Resten unter dem Redaktionsdruck (4spaltig) 75 A, vor dem Druck (4spaltig) 60 A.

Extra-Befagen (einstufig) mit dem Morgen-Ausgabe, ohne Postbefreiung 40 A, mit Postbefreiung 45 A.

Annahmefluß für Anzeigen: Morgen-Ausgabe: Vormittag 10 Uhr.

Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr. Anzeigen sind erst an die Expedition zu richten.

Die Expedition ist nachmittags am Montag geschlossen von 12 bis 1 Uhr.

Druck und Verlag von H. Holz in Leipzig.

Bezugs-Preis

In der Druckerei... 1.50, bei auswärtigen... 1.75.

Redaktion und Expedition:

Johannstraße 8.

Telefon 108 und 122.

Filialredaktionen:

Ulrich-Gasse, Buchhandl., Hallesche Str. 1.

Haupt-Filiale Dresden:

Waisenstraße 24.

Telefon 101 und 1718.

Haupt-Filiale Berlin:

Carl-Duisend, Bergl. Str. 10.

Telefon 101 und 1718.

Nr. 604.

Sonnabend den 28. November 1903.

97. Jahrgang.

Der österreichisch-italienische Universitätsstreit.

K. Wien, 28. November.

Abasso Austria! Nieder mit Oesterreich! jenseits wieder einmal durch die studentische Jugend unserer italienischen Dreifranzosen. Man kennt das: Wenn unsere italienischen Nationalisten...

Unsere Regierung ist eben wieder einmal „energisch“ gewesen. Es handelt sich ja nicht um die Rechte der deutschen Kommandosprache in Ungarn...

Da kam aus Wien das Verbot „und Gründen der öffentlichen Ruhe und Ordnung.“ Das ist der bekannte Paragraph, den die Regierung überall anwendet...

Somit wäre nun die Sache in Ordnung. Der Ausschlag, die Innsbrucker Universität zu unterwerfen, ist abgewehrt. Freilich nur mit Regierungshilfe. Und das bedeutet immer: Dänemarksche. Wenn die jugendlichen Studenten sich abspalten haben, wird man aber den besetzten totalen Standpunkt allgemeiner und nächster Gesichtspunkte zur Geltung kommen lassen müssen.

Niederlegen wieder eine „deutsche Tat“, und wolle die die Klerikalen, welche wieder auf die billige Weise mit „deutscher“ Gesinnung prunken...

Deutsches Reich.

Leipzig, 27. November. Die Vereinfachung der bei der Geschäftsbearbeitung der Reichskasse zu Tage tretenden, lebhaft empfundenen Unzulänglichkeiten...

Berlin, 27. November. (Der französische Chauvinismus und die deutsche Sozialdemokratie.) Mit heftigem Unbehagen beschäftigte sich die sozialdemokratische Presse...

Berlin, 27. November. (Der französische Chauvinismus und die deutsche Sozialdemokratie.) Mit heftigem Unbehagen beschäftigte sich die sozialdemokratische Presse...

Berlin, 27. November. (Telegramm.) Der Kaiser und die Kaiserin machten gestern einen Spaziergang in der Umgebung des Neuen Palais bei Potsdam.

richtet in den Vereinigten Staaten, in Katalanta, Fern Orleans, Seattle und St. Paul. Die einmaligen Ausgaben betragen 17 000 176 A., weniger 1 027 378 A., darunter 16 000 A. zur Förderung der wissenschaftlichen, insbesondere mineralogischen Arbeiten in China.

Berlin, 27. November. (Telegramm.) Aus Rom, 27. November, wird gemeldet: Gestern Abend wurde die Leiche des Bischofs v. Mayer ohne besondere Feierlichkeit von der Kirche Santa Maria della Anima nach der Kirche des deutschen Botschafters gebracht.

Die „Deutsche Tageszeitung“ glaubt, daß auch diesmal wieder das Reich in den sauren Apfel einer Aufschwungperiode beißen müsse und spricht die Hoffnung aus, es möge das letzte Mal sein, daß man sich gezwungen sehe, auf dieses Meiner Lieber Herr zu kommen.

Dr. Hertel hat mit Herrn v. Zedlitz eine förmliche Unterhaltung angefaßt, ob die einzigen Beschäftigungsbeschwerden zwischen der Regierung und der Kammer über die Kanalvorlage die widerspenstigen Nationalisten zugeordnet werden sollen oder nicht.

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Die preussischen Nationalen werden sich keineswegs auf die Einführung des Reichstagswahlrechts für die preussischen Landtagswahlen. Sie verteidigen dieses Recht da, wo es einmal errichtet ist, aber sie fordern es nicht, wo das Verlangen nach einer so weitgehenden Reform nur als Demagogik jeder Reform widersteht.

Min, 27. November. Der Vorstand des rheinischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes trat gestern hier zusammen, um zu dem Fall Hedenroth Stellung zu nehmen. Der Vorstand beschloß die Veröffentlichung folgender Erklärung:

Der unterzeichnete Vorstand spricht in seiner heutigen Sitzung einstimmig seine schmerzliche Enttäuschung darüber aus, daß der letzte Kundgebungstag in dem heimatlichen Wahlkreis Westfälischer Rheinland der evangelische Herr Herr Hedenroth in Köln durch eine Beschlüßnahme von aus 27 evangelischen Wahlmännern gegen die Nichterwählung, fast durchweg evangelische Wahlmänner ein Wahlbündnis mit den Ultramontanen geschlossen hat, durch den er sich selbst ein Mandat gesichert und ein zweites Mandat dem Zentrum angedeihet hat.

Wien, 27. November. Durch den Tod des Rommerjansen-Kämpfe in Eisenberg macht sich im 7. Wahlbezirk, der die Stätte des Wahlortes umschließt, eine Wahlwahl unter den Kandidaten geltend. Als Wahlort ist nunmehr der 8. Wahlbezirk festgesetzt worden, wobei der neue Abgeordnete nach an den gegenwärtigen Wahlbezirk übertragen werden können wird.

München, 27. November. (Telegramm.) Die Kammer der Abgeordneten genehmigte ohne Debatte die Anträge des Ausschusses über die Herabsetzung der Beschäftigungsordnung und Verbot der Verleitung der landwirtschaftlichen Begleitbesuche. Die Anträge sind dem Reichstag zur Kenntnisnahme mit dem Ersuchen, eine Weisung zur Durchführung und auf eine reichsgesetzliche Regelung der Begleitbesuche und der Rekultivationsmaßnahmen. Exter, Diehl, Schmitt-Ostfurt und Herber bestärken strenge Maßnahmen gegen die Weisungsbefreiung und eine sorgfältige Rekultivationskontrolle bei den Weisungsbefreien, und endlich gleichmäßige Kontrollvorschriften für das ganze Reich; denn nach unsrer Weisungsbefreiung die ganze Kontrolle, wenn die Weisungsbefreiung aus dem Norden des Reiches ihnen die größte Konkurrenz machen? Weisungsbefreiung ist die Notwendigkeit hervor, für die Rekultivationskontrolle eigene Sachverständige anzustellen. Sammerfeldt betont, alle Maßnahmen, die dem weissen Weisungsbefreiung und den öffentlichen Bürgerhand schädigen, seien für die Weisungsbefreiung besonders nützlich, da diese in Norddeutschland noch zu wenig bekannt seien, und hauptsächlich unter der Konkurrenz der germanisierten Weisungsbefreiung. Reeb tritt für strenge Kontrolle ein, während Exter meint, daß auf dem jetzigen Wege mit den geringfügigen Mitteln nicht viel erreicht werde. Reeb spricht sich im Sinne der Aufhebung der Weisungsbefreiung. Exter v. Zedlitz betont, Bayern sei zum Wohlsinn des Weisungsbefreiung, was nicht sei. Das jetzige System der Kontrolle werde schon erschöpfend. Der einheitliche Vollzug des Weisungsbefreiung sei im Reichsgesetz bereits in Aussicht genommen, aber die Bayern müßten die Kontrolle doch durch bayerische Beamte vollziehen lassen. Man müsse unbedingt die Beamten dazu veranlassen. Nach einer weiteren Debatte wurden die Weisungsbefreiung angenommen. Die nächste Sitzung ist am Mittwoch.

Oesterreich-Ungarn.

Die Parlamentsentscheidungen; Budget.

Wien, 27. November. (Telegramm.) Abgeordnetentag. Der Präsident spricht unter Hinweis auf die geringen Einnahmen in der Parlamentskammer sein tiefes Bedauern darüber aus, daß der Reichshaushalt sich in einer unqualitativen Richtung bewegen würde. Einmalige Erhöhung der Reichshaushalt ist die Forderung des Präsidenten und betont, daß er nur Jense der geringen Einnahmen war. Der Präsident ist das Bedauern darüber, daß er nur in Erwägung seiner Reichshaushalt gekommen habe. Einmalig beantragt die Kammer die Reichshaushalt, dem H. H. Stein wegen des den H. H. Stein beantragten Jense, die Reichshaushalt zu erhöhen. Nach längerer Debatte, in der Stein jagt, mit der Unterstützung der Regierung ist es überaus leicht zu sein, wenn es von der Kammer ein Verbot aus dem Reichspräsidenten, während Stein auf das Verbot erklärt, daß er bei keinem Bedenken im Konflikt übersteigt nicht irgend welche verbessernden Gegenstand habe mitmachen können, beschließt die Kammer die Reichshaushalt auszusprechen. Solange wird die Debatte über die Forderung des Reichshaushaltenden u. H. H. Stein fortgesetzt.

Wien, 27. November. (Telegramm.) Abgeordnetentag. In der heutigen Sitzung legte Finanzminister v. Saurats den revidierten Haushaltsplan des Reichshaushalt für 1904 vor, nachdem er im Oktober 1903 vorzugsweise wegen der Kürzungen im Budget nicht hätte verhandelt werden können. Der neue Haushaltsplan beträgt die zu erwartenden Einnahmen auf 1054 Millionen Kronen, um 6 Millionen Kronen niedriger als der erste Haushaltsplan, da eine Reihe von Ausgaben, weil die Bewilligung